

SPD-Fraktion
Fraktion DIE LINKE
Lisa Gerlach, Einzelmandatsträgerin

An den
Vorsitzenden
des Ausschusses für Umwelt und Grün
Herrn Rafael Struwe

Frau
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 27.06.2019

AN/0968/2019

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss für Umwelt und Grün	27.06.2019
Rat	09.07.2019

Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW, betr. Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin;

sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Änderungsantrag zu Top 4.2.2 auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün am 27.06.2019 zu nehmen:

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün dankt den Petentinnen und Petenten für ihre Eingabe.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Ratssitzung am 09.07.2019 eine entsprechende Ratsvorlage zur Ausrufung des Klimanotstands zu erstellen. Dort sind auch weitere Maßnahmen zur CO₂-Minderung zu benennen, um die Ausrufung des Klimanotstandes mit konkreten Ansatzpunkten zur Verbesserung des Klimaschutzes zu hinterlegen.

Zu den Inhalten der Beschlussvorlage gehören mindestens:

- a. die von den Petenten eingebrachten zentralen Punkte

1. Die Stadt Köln wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
 2. Die Stadt Köln orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
 3. Die Stadt Köln fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz soll sicherstellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.
 4. Die Stadt Köln fordert, dass die Bundesregierung und die Landesregierung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren.
- b. die Erweiterung des Beschluss des Rates vom 14.02.2019 zum Maßnahmenprogramm „KölnKlimaAktiv 2022“ unter Berücksichtigung der Handlungsempfehlungen der beteiligten Wissenschaftsinstitute. Weitere wirksame Maßnahmen (z.B. im Wärmesektor) sind in ein konkretes und kurzfristiges Umsetzungsprogramm aufzunehmen. Angesichts der angestrebten CO₂-Reduzierung um rund 1,05 Mio. t CO₂ muss die bislang mit „KölnKlimaAktiv 2022“ vorgesehene CO₂-Einsparung bis 2022 in Höhe von lediglich 0,012 Mio. t CO₂ drastisch gesteigert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE

gez. Lisa Gerlach

Einzelmandatsträgerin